

Stand: 06.04.2026 03:01:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17811

"Wiedereinführung der Meisterpflicht"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17811 vom 18.07.2017
2. Beschluss des Plenums 17/17914 vom 20.07.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 110 vom 20.07.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Wiedereinführung der Meisterpflicht

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die 2004 für 53 Berufe abgeschaffte Meisterpflicht in den Gewerken wieder einzuführen, in denen es in Folge große Verwerfungen bei der Anzahl von Unternehmen, Meisterprüfungen und Auszubildenden sowie der Qualität der angebotenen Leistungen gab.

Begründung:

Seit der Abschaffung der Meisterpflicht im Jahr 2004 ist etwa im Fliesenlegerhandwerk die Zahl der Betriebe von 12.401 im Jahr 2004 auf 69.729 im Jahr 2016 gestiegen. Gleichzeitig ist die Zahl der Auszubildenden um rund 30 Prozent auf 2.239 und die Zahl der bestandenen Meisterprüfungen um 70 Prozent auf 114 im Jahr 2015 zurückgegangen. Unter der hohen Anzahl neuer Betriebe sind zahlreiche Soloselbständige, die sich ohne jede Ausbildung selbstständig machen. Darunter leidet neben der Ausbildung auch die Qualität der erbrachten Leistungen. Diesbezügliche Klagen gibt es auch aus anderen Bereichen, etwa den Estrichlegern oder den Beton- und Terrazzoherstellern.

Um diesen Fehlentwicklungen zu begegnen, muss evaluiert werden, in welchen der 53 Berufsgruppen der Anlage B Abschnitt 1 der Handwerksordnung (Zulassungsfreie Handwerke) es entsprechend große Verwerfungen gab. Anhand der Ergebnisse sind die Berufe festzulegen, die wieder in die Anlage A (Zulassungspflichtige Handwerke) übernommen werden sollen. Dies muss unter Beachtung bundes- und europarechtlicher Vorgaben umgesetzt werden. Bisher galten vor allem Sicherheitserwägungen als Grund für den Verbleib der Meisterpflicht. Hierfür könnten weitere Schutzziele wie Verbraucherschutz oder Mittelstandsförderung aufgenommen werden.

Die Wiedereinführung der Meisterpflicht erhöht auch den Stellenwert der beruflichen Bildung. Der Meisterbrief wird auf breitere Beine gestellt und mehr Meisterbetriebe bedeuten mehr Ausbildungsplätze. Das System der dualen Berufsausbildung ist weltweit anerkannt, Deutschland hat im internationalen Vergleich mit die geringste Jugendarbeitslosigkeit.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/17811

Wiedereinführung der Meisterpflicht

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Johann Häusler

Abg. Annette Karl

Abg. Karl Straub

Abg. Kerstin Celina

Staatssekretär Franz Josef Pschierer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Wiedereinführung der Meisterpflicht (Drs. 17/17811)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)

Sicherung und Stärkung des Meisterbriefs - Förderung der dualen Berufsausbildung (Drs. 17/17834)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)

Erhaltung des Meisterbriefs (Drs. 17/17835)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Kollege Häusler. Bitte schön.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Tagtäglich stimmen Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung, auch viele andere, das Hohelied unseres dualen Ausbildungssystems an. Ich schließe mich ganz gerne dieser Bewertung an; denn Handwerk und Mittelstand sind nun einmal das Rückgrat unserer Volkswirtschaft und die Garanten für dauerhafte Stabilität in unserem Land.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber dieser Erfolg ist nicht dauerhaft und nicht in Stein gemeißelt. Die Stabilitätsanker sind in erster Linie die 41 Handwerksberufe, die in der Anlage A der Handwerksordnung stehen, nämlich die unter dem Meistervorbehalt. 53 Gewerbe der Anlage B wur-

den 2004 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung aus dieser Verpflichtung genommen. Wirtschaftsminister Clement sah in der Liberalisierung des Ausbildungssystems Wachstums- und Innovationschancen. Deshalb setzte er damals die Reform des Handwerksrechts durch.

Nur 41 Berufe in sogenannten gefahrengeneigten Bereichen blieben unter dem Meistervorbehalt. Das hat sich sehr bald, eigentlich schon innerhalb eines Jahres, als grobe Fehleinschätzung erwiesen. Was ist passiert? In den 53 Berufen, die nicht mehr unter dem Meistervorbehalt stehen, haben sich die Koordinaten deutlich verschoben. Ich mache das an den Ausbildungszahlen fest. In diesen Berufen ging die Zahl der Auszubildenden um 30 % zurück, bei den Berufen nach Anlage A der Handwerksordnung dagegen nur um 18 %.

Wenn man die Zahl bestandener Meisterprüfungen betrachtet, dann schaut es noch dramatischer aus. In den Berufen nach Anlage B haben wir einen Rückgang von 57 %, in den Berufen nach Anlage A von 17 %.

Wenn man die Betriebsneugründungen anschaut, dann stellt man fest, dass sich in den Berufen nach Anlage B die Zahl der Neugründungen verfünffacht, je nach Gewerbe auch verachtfacht oder sogar verzehnfacht hat. Warum? Es wurden sehr viele Betriebe als Einmannbetriebe gegründet, und es haben sich sehr viele Einzelselbstständige etabliert, darunter sehr viele Unternehmer und Unternehmerinnen aus Ost- und Südeuropa, die keine ausreichende Kapitalausstattung und kein Haftungskapital hatten. Für diese Unternehmen gilt auch – das ist für die Arbeitnehmer ganz wichtig –: kein Tarifvertrag, kein Mindestlohn, keine soziale Absicherung außer der Krankenpflichtversicherung, keine gesetzliche Altersvorsorge.

Ein Ergebnis dessen war auch, dass sich Betriebe in zulassungsfreien Gewerben auf dem Markt nur in unzureichender Zahl dauerhaft positionieren konnten. Bereits nach fünf Jahren haben mehr als 50 % aufgeben müssen, weil sie insolvent waren, wohin-

gegen 70 % der Betriebe in zulassungspflichtigen Gewerben dauerhaft Bestand hatten.

Ganz besonders ausgeprägt ist die Situation – das wird immer wieder thematisiert – im Baunebengewerbe, beispielhaft im Fliesenlegergewerbe. Ich habe von dieser Stelle aus schon einmal auf den Pfusch bei der Justizvollzugsanstalt Aichach hingewiesen, wo es eine Verzögerung von mehr als einem halben Jahr gab und ein immenser Schaden eingetreten ist, weil die entsprechenden Qualifikationen nicht vorgelegen haben.

Genau von dort kam der erste Hilfeschrei. Bereits 2013 haben die Berufsvertretungen, der Fachverband Fliesen und Naturstein und der Bundesverband Keramische Fliesen, die Wiedereinführung des Meistervorbehalts gefordert.

Ich nenne einen weiteren Aspekt. Zwischen 2003 und 2017 hatten wir 80 % weniger Meisterschüler im Fliesenlegerhandwerk. Das heißt, dass unendlich viele Kenntnisse und Fertigkeiten verloren gehen; denn die Meisterschule vermittelt nicht nur berufsbezogenes Wissen und praktische Fertigkeiten, sondern auch betriebswirtschaftliches Know-how, das notwendig für die Nachhaltigkeit und den Verbraucherschutz ist.

Deshalb fordern wir die EU-konforme Wiedereinführung der Meisterpflicht, zunächst dort, wo es entsprechende Verwerfungen gab und noch gibt. Aber insgesamt geht es darum, dauerhaft möglichst viele, vielleicht sogar alle Berufe wieder unter den Meistervorbehalt zu stellen bzw. die Reform rückgängig zu machen.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf die immerwährenden Gefahren, die aus Brüssel kommen, hinweisen. Dort geht es immer wieder um die Liberalisierung der Ausbildungsordnung. Zuletzt war dies am 10. Januar dieses Jahres der Fall, als die Kommission das sogenannte EU-Dienstleistungspaket vorgelegt hat, wieder mit dem Hinweis auf die Liberalisierung und mit der Begründung, damit Innovation und Wachstum zu generieren.

Deshalb ist es so wichtig, den Meistertitel und den Meistervorbehalt zu stärken und ihn dort, wo es möglich ist, auszuweiten bzw. wieder einzuführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es darf eben nicht nur um die Gefahreneignigkeit gehen – das war die damalige Begründung –, sondern es geht auch um das Gemeinwohl, um die Arbeitsplatzsicherheit, und es geht insbesondere um die Mittelstandsförderung und ganz bestimmt auch um die dauerhafte Fachkräftesicherung, was die größte Herausforderung für die zukünftige wirtschaftliche Situation unseres Landes darstellt. Der Fachkräftemangel ist enorm. Allein in Bayern fehlen 200.000 Fachkräfte, und die Prognosen sind alarmierend.

Der Meistervorbehalt ist – es ist wichtig, das in dieser Stunde zu sagen – ein ganz wesentlicher Baustein des Verbraucherschutzes; denn mit ihm sind die entsprechenden Garantien und Qualifikationen verbunden. Das betrifft auch den Regress, wenn er notwendig sein sollte. Deshalb ist es so wichtig, diesen Antrag zu unterstützen und diesen Berufen eine neue Perspektive zu geben.

Wir stimmen den beiden nachgezogenen Anträgen der CSU und der SPD zu. Der CSU-Antrag ist fast identisch mit unserem.

(Zuruf von der CSU: Besser!)

– Er ist nicht besser. Er ist unvollständig, aber trotzdem so weit in Ordnung.

(Zuruf von der CSU: Vorsicht!)

Auch der SPD-Antrag setzt auf die Stärkung und Förderung der beruflichen Ausbildung, was seit Jahren auch unsere Intention ist. Ich glaube, wenn wir all diesen Anträgen heute zustimmen, treffen wir für unser Handwerk und unseren Mittelstand eine gute Entscheidung. Ich bitte Sie darum, diese Zustimmung nicht zu verweigern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Häusler. – Jetzt darf ich Frau Kollegin Karl für die SPD das Wort erteilen. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Meisterbrief ist das Sinnbild und das Gütesiegel der dualen Ausbildung in Deutschland. Gleichzeitig ist er der Garant für die hohe Qualität im deutschen Handwerk. Die Verbraucher fordern diese hohe Qualität zu Recht ein und sind auch bereit, dafür einen angemessenen Preis zu zahlen. Die Ausbildung und Qualität gilt es zu schützen. Deshalb weist die SPD-Fraktion jeden Versuch der EU zurück, die Meisterpflicht einzuschränken oder zu schwächen.

(Beifall bei der SPD)

Die duale Ausbildung ist ein deutscher Exportschlager. Sie findet in Europa und auch in Übersee großen Anklang und großes Interesse. Die duale Ausbildung sorgt auch dafür, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland einzigartig niedrig ist. Außerdem sichert eine fundierte Ausbildung in Berufsschule und Betrieb dem Handwerk und der gesamten Wirtschaft den notwendigen Nachwuchs.

Angesichts des demografischen Wandels muss das Handwerk schon heute um qualifizierten Nachwuchs kämpfen. Auf diese Herausforderung gibt es nur eine Antwort, nämlich mehr und besser zu qualifizieren. Es kann deshalb nicht sein, dass die hochwertige duale Ausbildung in Deutschland einerseits in ganz Europa gelobt wird, andererseits aber in Kauf genommen wird, dass ihre Standards auf einem niedrigen Niveau nivelliert werden. Deshalb setzen wir uns als SPD sowohl im Bund als auch in Bayern für eine weitere Stärkung der dualen Ausbildung ein. Wir möchten die Kostenfreiheit von Techniker- und Meisterkursen, damit wir eine Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem wollen wir die Berufsschulen zu echten Zukunftswerkstätten machen; denn gute Ausbildung braucht eine gute Ausstattung der Berufsschulen. Keiner kann an Uralt-Maschinen qualifiziert lernen.

(Ingrid Heckner (CSU): Kennen Sie die Berufsschulen?)

Außerdem gehört zu einer guten Ausstattung auch eine ausreichende Ausstattung mit Lehrkräften. Hier ist noch viel Luft nach oben.

(Beifall bei der SPD)

Die Idee, Gewerke wieder der Meisterpflicht zu unterwerfen, wo es diese schon einmal gab, hat ihren Charme. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass Qualität und Ausbildungsleistung beispielsweise im Fliesenlegerhandwerk massiv leiden.

Leider lässt sich das nicht einfach mit einem Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag beheben. Es soll eine verfassungs- und europarechtskonforme Lösung gefunden werden. Außerdem stellt sich die Frage, ob alle Berufe tatsächlich wieder zurück in die Meisterpflicht wollen. Im Dialog mit den Betroffenen soll deshalb geprüft werden, wie dies im Zuge einer Reform der Handwerksordnung erreicht werden kann.

Wir werden dem Nachzieher der CSU-Fraktion zustimmen, da er teilweise wortgleich mit einem von uns zuvor gestellten Antrag ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Wahrheit gehört aber auch, dass die CSU und die CDU im Jahr 2004 der Herausnahme der Berufe aus der Meisterpflicht zugestimmt haben. Diese Tatsache fehlt in Ihrer Begründung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist leider rückwärtsgewandt und blendet die schwierige juristische Gemengelage vollkommen aus. Deshalb werden wir uns dazu enthalten.

(Beifall bei der SPD – Erwin Huber (CSU): Sehr richtig, ja!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Karl. – Für die CSU-Fraktion spricht nun der Kollege Straub. Bitte sehr.

Karl Straub (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es macht Spaß, vor der Sommerpause noch über dieses Thema zu sprechen und die Einzigartigkeit der dualen Ausbildung in Deutschland herauszustellen.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Vor der Sommerpause ist das noch ein großartiges Signal an das Handwerk. Wir nehmen das Handwerk sehr, sehr wichtig.

Leider kann ich mir eine Bemerkung an die Fraktion der FREIEN WÄHLER nicht verkneifen. Die FREIEN WÄHLER sind offensichtlich auf Themensuche und haben dabei das Handwerk entdeckt. Die FREIEN WÄHLER müssen jetzt feststellen, dass die CSU schon lange da ist und sich um die Meisterpflicht kümmert.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER):
Du bist noch nicht einmal so lange im Haus! Wir kümmern uns schon lange um das Handwerk!)

– Herr Streibl, das wird meine einzige spitze Bemerkung bleiben.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frechheit, Frechheit!)

Der Sachverhalt wurde bereits dargestellt. 2003 wurde die Handwerksordnung geändert. Es wurden 53 Berufe aus der Meisterpflicht herausgenommen. Ich möchte aber deutlich darauf hinweisen, dass es dem Einsatz der Bayerischen Staatsregierung zu verdanken war, dass 41 im Entwurf geblieben sind. Damals enthielt der Entwurf nur noch 29. Dafür danke ich der Bayerischen Staatsregierung noch heute.

(Beifall bei der CSU)

Berechtigerweise hat der Zentralverband des Deutschen Handwerks die Sache damals schon sehr, sehr kritisch gesehen. Was wollte man damals erreichen? – Man wollte die Anzahl der Existenzgründungen steigern. Dieses Ziel wurde zwar erreicht, aber in einem Bereich, in dem man sich das nicht gewünscht hatte. Das haben Herr Häusler und Kollegin Karl bereits erwähnt. Damals wurden viele Kleinstbetriebe gegründet. Diese existierten teilweise nur für sehr kurze Zeit. Die Zahl der Ausbildungen ist dadurch nicht gestiegen, sondern eher gesunken. Dies zeigt, wie wichtig der Meisterbrief und die Meisterpflicht für die qualitativ hochwertige Ausbildung in Bayern und Deutschland sind. Wir, die CSU-Fraktion, begrüßen die Meisterpflicht. Das muss nicht extra betont werden. Wir würden auch eine Ausweitung der Meisterpflicht begrüßen.

Im Folgenden möchte ich auf die einzelnen Anträge detailliert eingehen. Der Antrag der FREIEN WÄHLER geht zwar in die richtige Richtung, aber er ist zu pauschal gehalten. Ich bin darin mit der Kollegin von der SPD einer Meinung. Sie verlangen, die Meisterpflicht für alle 53 Berufe wieder einzuführen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Stimmt gar nicht! Lesen Sie genau!)

– Doch, das steht drin.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nein!)

– Doch, das steht genau so drin. Es steht wörtlich so im Antrag. Sie wollen die Meisterpflicht für die 53 Berufe wieder einführen. Von der Zielrichtung her sind wir uns einig; jedoch ist das verfassungs- und europarechtlich nicht möglich. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Wir werden auch den Antrag der SPD-Fraktion ablehnen müssen. Viele Ihrer Forderungen verfolgen wir bereits.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es gibt so viele Gemeinsamkeiten! Vor der Sommerpause kann man schon einmal großzügig sein, Herr Kollege!)

– Wir sind immer großzügig. Es hat aber wenig Sinn, einem Antrag zuzustimmen, dessen Zielrichtung wir schon lange verfolgen. Die Forderung im dritten Spiegelstrich Ihres Antrags ist viel zu pauschal gehalten. Da wird schon viel gemacht. Es sind Forderungen enthalten, die sich nicht auf staatliche Maßnahmen beziehen. Deswegen müssen wir Ihren Antrag ablehnen.

Ich bedanke mich ganz herzlich dafür, dass Sie die Frage der Meisterpflicht noch einmal ins Plenum geholt haben. Zu unserem Antrag bitte ich um fraktionsübergreifende Zustimmung. Wir sollten prüfen, welche Berufe wieder aufgenommen werden können. Dies muss vorsichtig geschehen. Wir sollten nämlich keine allgemeine Diskussion um die Meisterpflicht entfachen. Es soll am Ende nicht dazu kommen, dass die Meisterpflicht in Europa wieder infrage gestellt wird.

(Beifall bei der CSU – Ingrid Heckner (CSU): Sehr gut!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Straub, einen kleinen Moment bitte. Der Kollege Häusler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Straub, schön, dass Sie unseren Antrag insgesamt für richtig halten. Sie haben den Antrag bei Ihrer Durchsicht oder beim Studium wohl etwas oberflächlich behandelt. Mit dem Antrag wird die Staatsregierung klar aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die 2004 für 53 Berufe abgeschaffte Meisterpflicht in den Gewerken wiedereingeführt wird, in denen es in Folge große Verwerfungen bei der Anzahl von Unternehmen, Meisterprüfungen und Auszubildenden sowie der Qualität der angebotenen Leistungen gab. Die Wiedereinführung soll nur dort erfolgen, wo es Verwerfungen gab.

In meinen Ausführungen habe ich deutlich gesagt: Das Ziel muss sein, mehr und möglicherweise sogar alle Berufe wiederaufzunehmen. Der Antrag bezieht sich aber expli-

zit auf die Berufe, in denen es Verwerfungen gab. Ich habe das Fliesenlegerhandwerk explizit angesprochen. Ich habe auch erwähnt, dass der Fachverband bereits 2013 einen Antrag gestellt hat. Insofern würde sich die Argumentation Ihrerseits erledigen. Damit könnten Sie uns zustimmen.

(Ingrid Heckner (CSU): Der letzte Spiegelstrich!)

Karl Straub (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) – Das ist nicht der einzige Grund für die Ablehnung.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

In der Zielrichtung sind wir uns einig. Wir alle wollen die Meisterpflicht schützen und Gewerke wieder aufnehmen. Aber das Thema muss sehr, sehr vorsichtig behandelt werden. Eine öffentliche Diskussion zu entfachen, könnte zum Schluss genau das Gegenteil bewirken. Erst vor ein paar Wochen hatten wir das Thema der Meisterpflicht, dass in Europa die Standards gesenkt werden sollen. Frau Kollegin Karl, Sie haben das vorhin erwähnt. Deswegen enthält Ihre Antragsbegründung Fehler.

(Annette Karl (SPD): Genau, hört!)

Ich habe den Antrag wie die Kollegin Karl verstanden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir haben es nochmal geklärt!)

Ich habe den Antrag so verstanden, dass Sie die Meisterpflicht für die 53 Gewerke wieder einführen wollen. So steht es in Ihrem Antrag. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist das Problem mit Relativsätzen!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Straub. – Ich erteile nun der Kollegin Celina für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Handwerk ist klar ein sehr wichtiger Pfeiler der bayerischen Wirtschaft. Fast eine Million Menschen arbeiten in über 200.000 Betrieben. Mit 70.000 Auszubildenden stellt das Handwerk 29 % aller Ausbildungsstellen in Bayern. Das Handwerk prägt Bayern. Alle meine Vorredner haben heute die Chance genutzt, das Handwerk und die duale Ausbildung zu loben. Dem schließe ich mich gerne an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, liebe Kollegen, vor allem liebe Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, ich frage mich schon, ob es in Bayern nichts Dringlicheres gibt, als die Staatsregierung jetzt aufzufordern, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die 2004 für 53 Berufe abgeschaffte Meisterpflicht in den betroffenen Gewerken wieder einzuführen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist sehr dringlich!)

Das sieht mir doch sehr nach einem Thema im Sommerloch aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie fordern dies nämlich kurz nachdem der CDU-Generalsekretär und Bundestagsabgeordnete Tauber dies gefordert hat. Sie plappern ihm nach, und ich frage mich, ob Sie wirklich glauben, dass Herr Tauber in der Republik nicht gehört wird. Mit seinem arroganten Tweet über Minijobber hat er erst vor Kurzem bewiesen, dass er es selbst schafft, in die Öffentlichkeit zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fällt Ihnen heute nichts Besseres ein, als ihm nachzuplappern? – Es ist bezeichnend, dass die Union im Bund jetzt, kurz vor Ende der Legislaturperiode und kurz vor der Bundestagswahl, solche Forderungen stellt. Sie regieren seit 12 Jahren im Bund. Sie hätten doch längst die Möglichkeit gehabt, eine Novelle der Handwerksordnung in Ihrem Sinne auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere daran – und jetzt hören Sie bitte genau zu –, dass bei der Befreiung von der Meisterpflicht für 53 Gewerke zum 1. Januar 2004 auch die damals oppositionelle CDU/CSU-Fraktion dem Kompromiss aus dem Vermittlungsausschuss des Bundesrates geschlossen zugestimmt hat. Liebe Kollegen von der CSU, das haben Sie in der Begründung Ihres Antrags zu erwähnen vergessen. Deshalb ist es mir wichtig, Sie daran zu erinnern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere auch noch an den Grund für die Reform; das waren vom Bundesverfassungsgericht geäußerte Zweifel an der Vereinbarkeit der Meisterpflicht mit der in Artikel 12 des Grundgesetzes garantierten Berufsfreiheit. Dazu hat heute keiner von Ihnen ein Wort gesagt.

Die Handwerksrechtsnovelle der damaligen rot-grünen Bundesregierung hatte auch zum Ziel, das Handwerk zu stärken, Existenzgründungen zu erleichtern, Arbeitsplätze zu sichern und Schwarzarbeit zu bekämpfen. All das müsste in einer aussagekräftigen und umfassenden Evaluierung geprüft werden, um zu sehen, wie es denn tatsächlich ist. Bis heute liegt eine solche Evaluierung aber nicht vor. Das wäre aber die notwendige empirische Grundlage, um die Auswirkungen der Handwerksrechtsnovelle aus dem Jahr 2004 sachgerecht zu bewerten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es stellt sich die Frage, ob eine Rückabwicklung der Novelle von 2004 die Antwort auf die Herausforderungen ist, vor denen das Handwerk heute steht. Das wäre beispielsweise: ausbildungsreife Azubis zu finden, motivierte Flüchtlings-Azubis behalten zu dürfen, Unternehmensnachfolge zu gestalten, Cyberattacken und Viren abzuwehren und vieles mehr. Ich habe es bereits gesagt: Wir brauchen Zahlen, Daten, Fakten und eine Evaluation. Erst danach sollten wir Maßnahmen überlegen. Ohne diese Grundla-

ge die Wiedereinführung der Meisterpflicht einzufordern, ohne die Gründe für deren Abschaffung zu bewerten, ist uns zu billig und zu einfach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In die Vergangenheit vor 2004 zurückzukehren, ist jedenfalls nicht der richtige Weg. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

Wir müssen aber etwas gegen schlechte Arbeitsverhältnisse tun, wie Sie, Herr Häusler, das in Ihrer Rede gesagt haben. Wir müssen für Qualität und hohe Kenntnisse im Handwerk kämpfen, das ist klar. Das aber auf die Wiedereinführung des Meisterbriefes in bestimmten Berufen zu reduzieren, ist zu wenig, und das kann man derzeit auch nicht gut genug begründen.

Anders verhält es sich mit dem Antrag der SPD, die fordert, die duale Ausbildung zu stärken, und einen klaren Prüfauftrag formuliert, um erst einmal festzustellen, inwieweit sich durch eine neuerliche Meisterpflicht der Ausbildungsstand und die Ausbildungsqualität verbessern lassen. Diesem Antrag, der sich ernsthaft mit der Problematik auseinandersetzt, werden wir zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Den CSU-Antrag, in dem Sie EU-konforme Neuregelungen fordern, werden wir ebenfalls ablehnen; denn dass Neuregelungen mit dem EU-Recht übereinstimmen, sollten Sie nicht extra beantragen müssen. Wie schon gesagt: Zahlen und eine ordentliche Evaluation, auf die Sie Ihre Forderungen gründen könnten, gibt es leider nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment, bitte. Herr Kollege Häusler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Celina, danke für die teilweise Zustimmung zu unserem Antrag. Der Grundtenor ist allerdings sehr bemerkenswert. Sie

sagen, wenn ein Generalsekretär der CDU etwas vorschlägt, dann müsste das für die Demokratie eigentlich ausreichen. Das kann doch nicht unser Anspruch sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das sollte auch nicht euer Anspruch sein. Ich glaube, das war absolut daneben. Ich meine, es ist Aufgabe eines Parlaments wie auch des bayerischen Parlaments, die Zukunftsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft auf den Schild zu heben. Dazu zählen die Stabilitätsfaktoren Meisterbrief und Meistervorbehalt. Deshalb haben wir das für die Berufe, in denen es Verwerfungen gab – ich habe sie dargestellt –, eingefordert. Ich habe auch gesagt: "EU-konform". Insofern ist das kein Thema für das Sommerloch. Es geht doch darum, dass wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gestalten, und das rechtfertigt doch wirklich einen Dringlichkeitsantrag. Wir halten hier keine Schaufensterreden.

(Lachen bei der CSU)

Wir setzen uns für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ein. Das ist der entscheidende Punkt. Darin sollten wir uns einig sein, anstatt um Details herumzureden, um sich dieser Verantwortung zu entziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Häusler, ich denke, Sie haben auch gehört, dass ich deutlich gesagt habe: Wir müssen die Qualität im Handwerk erhalten und schauen, wie wir die Ausbildung hochhalten und vieles mehr. Das alles ist kein Problem, und hier stimme ich mit Ihnen und den anderen Fraktion auch überein. Das ist total wichtig. Der Zeitpunkt der Einbringung Ihres Antrags hat mich aber schon gewundert; denn er wurde direkt nach dieser Äußerung von Herrn Tauber gestellt. Außerdem hatten wir erst vor einiger Zeit hier im Plenum über den Meisterbrief diskutiert, als es nämlich um eine EU-Regelung ging. Da war die EU-Regelung klarer Anlass für einen Dringlichkeitsantrag. Dass dieser Antrag heute aber als Dringlichkeitsantrag kommt, finde ich in

Bezug auf den Zeitpunkt eher schwierig. Da hätte ein normaler Antrag gereicht. Nichts anderes wollte ich ausdrücken. Dass Sie diesen Antrag für die heutige Sitzung als dringlich ansehen, hat mich schon sehr gewundert. Ich glaube nämlich, dass es da andere Themen gibt.

Wir müssen an dem Thema dranbleiben, wir brauchen Zahlen, wir müssen evaluieren und schauen, wie die Bedingungen derzeit im Handwerk sind. Das müssen wir machen, das ist ganz klar. Ich würde mir aber wünschen, dass wir das in Ruhe im Ausschuss machen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Celina. – Jetzt darf ich Herrn Staatssekretär Pschierer das Wort erteilen. Bitte sehr.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was den Erhalt des Meistervorbehalts angeht, war selten so viel Harmonie hier im Hause. Ich will mich herzlich dafür bedanken, dass es quer durch die Fraktionen den Konsens gibt, am Meistervorbehalt festzuhalten. Der Fairness halber will ich allerdings anmerken, dass es eine Fraktion gibt, die gemeinsam mit der Staatsregierung in den letzten Jahren alles unternommen hat, um diesen Meistervorbehalt – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt bin ich aber sehr gespannt, welche Fraktion das ist!)

– Moment. Die sitzt hier.

(Volkmar Halbleib (SPD): Große Überraschung!)

Die CSU-Fraktion hat sich in vielen Anträgen, Aktuellen Stunden und Diskussionen mit dem Thema Meistervorbehalt beschäftigt. Keine andere Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, hat sich in den vergangenen Jahren so intensiv zum Meisterbrief bekannt wie die Staatsregierung. Wir haben immer gesagt: Für

uns gilt die Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung. Dazu habe ich vonseiten der Opposition meistens sehr wenig gehört.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann müssen Sie besser zuhören!)

Im Zweifel waren Sie doch diejenigen, die gesagt haben, es geht um eine Steigerung der Akademikerquote.

(Annette Karl (SPD): Sie müssen zuhören!)

Wir haben gesagt: Gleichwertigkeit der akademischen und der beruflichen Bildung, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Die Staatsregierung liest nichts, hört nichts, und das war die Bestätigung!)

Ich erinnere außerdem an die Diskussion, die in jedem Jahr geführt wird, wenn die OECD ihren Bildungsbericht abgibt und der Bundesrepublik nachweisen will, wir hätten zu wenige Akademiker, und dabei vergisst, dass es in Deutschland auch die Techniker- und die Meisterausbildung gibt.

An dieser Stelle will ich auch darauf hinweisen, was die Staatsregierung in den letzten Jahren unternommen hat, um das Handwerk und die duale Ausbildung zu stärken. Ich liste dazu nur ein paar Punkte auf: Erstens. Kampagne "Elternstolz". Zweitens. Kampagne "Macher gesucht". Drittens. Am Montag werden das Kultusministerium, das Wirtschaftsministerium und das Sozialministerium mit der bayerischen Wirtschaft, mit Vertretern der VBW, der IHK und des Bayerischen Handwerkskammertags, den Pakt für berufliche Bildung unterzeichnen. Nennen Sie mir etwas Vergleichbares, das in einem der Bundesländer gemacht wird, in denen Sie an der Regierung sind. – Fehlanzeige, meine Damen und Herren!

(Volkmar Halbleib (SPD): Der Herr Staatssekretär ist im Wahlkampfmodus!)

Als Nächstes werden wir 27 Millionen Euro im Nachtragshaushalt bereitstellen. Frau Kollegin Karl, ich bitte aufzupassen, weil Sie vorhin die Berufsschulen angemahnt haben. Kein Bundesland investiert in die Infrastruktur seiner Berufsschulen so viel wie der Freistaat Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Die Berufsschulen in den Ländern, in denen Sie regieren, sind die Berufsschulen von Vorgestern. Wir bauen die Berufsschulen von Morgen, wir machen sie fit für das Thema Industrie 4.0 und viele andere Dinge.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo! – Volkmar Halbleib (SPD): Und Sie sind der Staatssekretär, der hier Blödsinn erzählt!)

Warum wir für den Meistervorbehalt sind, hat schon Herr Kollege Straub angedeutet: Er ist ein Qualitätsnachweis. Er umfasst den Verbraucherschutz und das Bekenntnis zur qualifizierten Ausbildung. Wir haben deshalb den Meistervorbehalt immer leidenschaftlich verteidigt.

Liebe Freunde und Kollegen von der Opposition, schauen wir doch in das Jahr 2003 zurück. Damals regierte in Deutschland Rot-Grün. Es gab 94 Berufe unter dem Meistervorbehalt. Am Schluss sind 41 geblieben. Jetzt sage ich Ihnen einmal, wer sich mit Leidenschaft dafür eingesetzt hat, dass 41 Berufe geblieben sind. Das war der frühere bayerische Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu – sonst niemand.

(Beifall bei der CSU)

Das Ergebnis ist nicht im Deutschen Bundestag, sondern in den Verhandlungen des Vermittlungsausschusses erarbeitet worden. Frau Karl, damals war es die rot-grüne Regierung, die die Zahl der Berufe mit Meistervorbehalt auf 29 reduzieren wollte.

(Annette Karl (SPD): Mit Zustimmung der CSU-Bundestagsabgeordneten!)

Wir, die Bayerische Staatsregierung und Otto Wiesheu, haben für den Erhalt der 41 Berufe gekämpft. Frau Karl, es gab eine ganz einfache Begründung. Damals hat Otto Wiesheu ein wichtiges Argument vorgelegt: Ich will den Meistervorbehalt insbesondere in den Berufen mit einer hohen Ausbildungsleistung. Ihm ging es um die jungen Menschen, die eine qualifizierte Ausbildung erhalten sollten.

(Beifall bei der CSU – Annette Karl (SPD): Ausreden! – Volkmar Halbleib (SPD):
Sie reden sich doch raus! Sie haben damals doch zugestimmt!)

– Herr Kollege, was sagt Ihnen das Wort "Vermittlungsausschuss"? – Es bedeutet, dass es am Ende einen Kompromiss gibt. Wir waren für 41 und Sie für 29 Berufe unter Meistervorbehalt. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, gäbe es in Deutschland gar keinen Meistervorbehalt mehr.

(Zurufe von der CSU: Jawohl! – Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD):
Das ist eine Lüge! Sie machen Wahlkampf! Sie sagen die Unwahrheit!)

Nennen Sie mir eine Initiative von Ihnen gegenüber der Europäischen Kommission. – Fehlanzeige!

Ich komme zum letzten Punkt. Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn es weitere Berufe unter Meistervorbehalt gäbe. Das gilt insbesondere für die zulassungsfreien Berufe, die eine hohe Ausbildungsleistung aufweisen. Wer jedoch zu viel zu schnell will, verliert manchmal alles. Ich erinnere an die Debatte zum Dienstleistungspaket, die wir vor wenigen Wochen geführt haben. Auch hierzu gibt es eine klare Aussage der Staatsregierung. Deshalb unser Angebot: Zuerst sauber, sachlich und rechtlich prüfen, ob das Ganze EU- und verfassungskonform möglich ist. Dann können wir entscheiden.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatssekretär, einen Moment bitte. Herr Kollege Häusler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Staatssekretär, Sie haben sehr stark im Sinne der Regierungspartei selektiert. Demnach mache die Regierungspartei alles für das Handwerk, die anderen seien alle für die akademische Bildung zuständig. Sie haben schließlich versucht, das mit einzelnen Anträgen zu begründen. Sie haben bei Ihrer Aufzählung jedoch unsere Anträge vergessen, die mehrheitlich abgelehnt worden sind. Unser Antrag zur EU-Richtlinie war weitgehender als der Antrag der CSU. Wir haben das sogar für internationale Verträge gefordert. Wir haben den Meisterbonus in Höhe von 2.000 Euro gefordert, um eine Gleichstellung der beruflichen und der akademischen Bildung zu erreichen. Den haben Sie abgelehnt. Wir haben ein verpflichtendes Praktikum für weiterführende Schulen beantragt, um eine Nähe der Schülerinnen und Schüler zu den Betrieben zu gewährleisten, einen Wissensvorsprung zu generieren und Chancen auszuloten. Diesen Antrag haben Sie auch abgelehnt. Sie haben ebenfalls unseren Antrag zur Megabit-Offensive für das Handwerk und den Mittelstand, den wir im Wirtschaftsausschuss eingebracht haben, abgelehnt.

Vor diesem Hintergrund können Sie doch nicht sagen, dass die einen für und die anderen gegen das Handwerk seien. Sie haben mindestens so viele Anträge abgelehnt, wie Sie Anträgen zugestimmt haben. Der Fairness halber müssten Sie sagen, dass es auch in der Opposition viele Politiker, insbesondere eine Fraktion gibt, die sich permanent dem Handwerk verschreiben. Benennen Sie das einfach, und scheuen Sie sich nicht davor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Herr Häusler, ich möchte mich ganz konkret zum Meisterbonus äußern. Die Staatsregierung hat von sich aus vorgeschlagen, den Meisterbonus von 1.000 Euro auf 1.500 Euro zu erhöhen. Ich kenne die politische Genese der FREIEN WÄHLER ganz gut. Wenn etwas von der Regierungsfraktion kommt, heißt es bei Ihnen immer: Darf es noch ein bisschen mehr sein. Diese Forderung kommt immer, egal, ob wir über Lehrerstellen, den

Meisterbonus oder über andere Themen diskutieren. Die Staatsregierung und die Regierungsfraktion haben jedoch eine haushaltspolitische Verantwortung.

Ich komme zum zweiten Punkt. Mir ist bislang der heldenhafte Einsatz der FREIEN WÄHLER auf Bundes- und Europaebene zum Erhalt des Meistervorbehalts verborgen geblieben. Im Deutschen Bundestag sind Sie nicht vertreten. Im Europäischen Parlament sind Sie nur durch die frühere Landtagsabgeordnete Ulrike Müller vertreten. Aber auch von dort sind mir keine nennenswerten Aktivitäten zum Erhalt des Meistervorbehalts bekannt.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/17811 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/17834 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/17835 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstim-

men! – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich gebe noch die zwei Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Linksextremismus und linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen!", Drucksache 17/17809. Mit Ja haben 102 gestimmt. Mit Nein haben 15 gestimmt. Es gab 34 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Deutsches Museum Nürnberg", Drucksache 17/17833, bekannt. Mit Ja haben 86 gestimmt. Mit Nein haben 37 gestimmt. Es gab 32 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)